

Referentenentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zu Saisonarbeitnehmern, unternehmensintern Transferierten sowie Forschern, Studenten, Praktikanten und europäischen Freiwilligen

A. Problem und Ziel

Auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sind im Zeitraum von Februar 2014 bis Mai 2016 mehrere Richtlinien im Bereich des Aufenthaltsrechts erlassen worden. Diese Richtlinien bedürfen der Umsetzung in das nationale Recht, soweit dieses nicht bereits mit den Regelungen der Richtlinien in Einklang steht.

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der folgenden Richtlinien in das innerstaatliche Recht:

1. Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer (Saisonarbeitnehmerrichtlinie);
2. Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ICT-Richtlinie);
3. Richtlinie 2016/801/EU über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (REST-Richtlinie).

B. Lösung

Zur Umsetzung der genannten Rechtsakte wird das Aufenthaltsgesetz angepasst.

Den Vorgaben der Saisonarbeitnehmerrichtlinie folgend werden die Voraussetzungen für die Einreise und die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, die nicht Unionsbürger nach Artikel 20 Absatz 1 AEUV sind, als Saisonarbeitnehmer festgelegt. Dies betrifft sowohl kurzfristige Aufenthalte bis zu 90 Tage als auch langfristige Aufenthalte bis zu sechs Monaten.

Den Vorgaben der ICT-Richtlinie folgend werden Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von unternehmensintern Transferierten geschaffen. Dies betrifft zum einen die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet zum Zweck des unternehmensinternen Transfers als auch die Einreise und den Aufenthalt mit einem Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaats zu dem Zweck, einen Teil des unternehmensinternen Transfers im Bundesgebiet durchzuführen.

Den Vorgaben der REST-Richtlinie folgend werden für die Einreise und den Aufenthalt zum Zweck der Forschung, des Studiums, eines Praktikums oder der Teilnahme an einem Freiwilligendienst die Bedingungen angepasst und neu geschaffen. Es werden lediglich für die Personengruppen Anpassungen des geltenden Rechts vorgenommen, für welche eine Umsetzung der Richtlinie zwingend vorgegeben ist. In Bezug auf Aufenthalte zu Zwecken der Forschung und des Studiums werden die Regelungen des Aufenthaltsrechts an die Vorgaben der Richtlinie angepasst. Insbesondere wird auch für diese Personengruppen die Möglichkeit geschaffen, mit einem Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union einen Teil des Forschungsvorhabens oder Studiums im Bundesgebiet durchzuführen.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf die Schließung von Regelungslücken in Bezug auf ausländische Beamte sowie in Bezug auf den Wechsel des Aufenthaltszwecks von Studium zu einer Ausbildung vor.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger ergibt sich kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

In Bezug auf die Umsetzung der Saisonarbeitnehmerrichtlinie entsteht Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft durch die Mitwirkungs- und Auskunftspflichten bei der Beschäftigung von Saisonarbeitnehmerkräften.

In Bezug auf die Umsetzung der REST-Richtlinie entsteht Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft durch Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit einem Transfer von Ausländern, die bereits einen Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union zum Zweck der Forschung besitzen, für mehr als 180 Tage in das Bundesgebiet. In diesen Fällen ist die aufnehmende Niederlassung verpflichtet, etwaige Änderungen im Hinblick auf die Erteilungsvoraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung im Rahmen der innereuropäischen Mobilität mitzuteilen. Dieser Aufwand wird jedoch dadurch aufgewogen, dass der Transfer von Forschern aus Drittstaaten in das Bundesgebiet und innerhalb der Europäischen Union vereinfacht wird.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Dem Arbeitgeber eines Saisonbeschäftigten obliegen Nachweispflichten gegenüber der Bundesagentur für Arbeit. Insbesondere sind die Arbeitgeber verpflichtet, die Erfüllung ihrer Pflichten, die sie gegenüber dem Arbeitnehmer haben, der Bundesagentur für Arbeit auf Verlangen nachzuweisen.

In Bezug auf die Umsetzung der ICT-Richtlinie entsteht Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft durch die Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit einem Transfer von Ausländern, die bereits eine ICT Karte eines anderen Mitgliedstaates besitzen, für mehr als 90 Tage in das Bundesgebiet. In diesen Fällen ist die aufnehmende Niederlassung verpflichtet, etwaige Änderungen im Hinblick auf die Erteilungsvoraussetzungen der Mobilen ICT Karte mitzuteilen.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

In Bezug auf die Umsetzung der Saisonarbeitnehmerrichtlinie entsteht nur geringer zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Nach der neuen Regelung werden Saisonarbeitnehmerkräfte aus Drittstaaten außerhalb des Hoheitsgebietes der EU zum Zwecke der Saisonarbeit nach Deutschland kommen können. Da der Bedarf an Saisonkräften derzeit jedoch hauptsächlich von Angehörigen anderer EU-Mitgliedstaaten wahrgenommen wird, dürfte die Fallzahl gering sein. Auch wird kein neues Verfahren installiert, sondern das bewährte Verfahren unter Einbindung der Bundesagentur für Arbeit und der Auslandsvertretungen genutzt.

In Bezug auf die Umsetzung der ICT Richtlinie entsteht Verwaltungsaufwand durch die Schaffung einer Nationalen Kontaktstelle, welche die zentrale Stelle für die Übermittlung von Informationen zwischen Deutschland und anderen europäischen Mitgliedstaaten im Rahmen des innereuropäischen Transfers von Drittstaatsangehörigen übernimmt. Die Nationale Kontaktstelle wird beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesiedelt, welches bereits jetzt als Nationale Kontaktstelle für den Informationsaustausch mit anderen europäischen Mitgliedstaaten fungiert. (BAMF ggf. noch ergänzen zum konkreten Aufwand)

In Bezug auf die Umsetzung der REST-Richtlinie entfällt Verwaltungsaufwand hinsichtlich der Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Zwecke des Studiums. Bislang war hierfür eine Ermessensprüfung erforderlich; der Gesetzentwurf sieht hingegen bei Erfüllung der Voraussetzung einen Anspruch vor, sodass der Begründungsaufwand geringer wird. Hinsichtlich der Regelungen zu Praktikanten und Teilnehmern am Freiwilligendienst entsteht geringer Verwaltungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Keine.

Referentenentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zu Saisonarbeitnehmern, unternehmensintern Transferierten sowie Forschern, Studenten, Praktikanten und europäischen Freiwilligen¹⁾

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das durch Artikel 8 Absatz 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16 Studium“.
 - b) Nach der Angabe zu § 16 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 16a Mobilität im Rahmen des Studiums

§ 16b Sprachkurse und Schulbesuch“.
 - c) Nach der Angabe zu § 17a wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 17b Praktikanten“.
 - d) Nach der Angabe zu § 18d wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 18e Freiwillige“.
 - e) Nach der Angabe zu § 19a werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 19b Unternehmensintern Transferierte

§ 19c Kurzfristige Mobilität unternehmensintern Transferierter

§ 19d Langfristige Mobilität unternehmensintern Transferierter“.
 - f) Nach der Angabe zu § 20 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 20a Kurzfristige Mobilität von Forschern

§ 20b Langfristige Mobilität von Forschern

¹⁾ Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinien 2014/36/EU, 2014/66/EU und 2016/801.

§ 20c Ablehnungsgründe bei Forschern, Studenten, Praktikanten und Teilnehmern am europäischen Freiwilligendienst“.

g) Die Angabe zu § 91d wird wie folgt gefasst:

„§ 91d Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2016/801/EU innerhalb der Europäischen Union“.

h) Nach der Angabe zu § 91f wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 91g Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2014/66/EU innerhalb der Europäischen Union“.

2. § 2 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Satz 6 wird aufgehoben.

b) Der bisherige Satz 7 wird Satz 6.

c) In dem neuen Satz 6 werden die Wörter „den Sätzen 5 und 6“ durch die Wörter „Satz 5“ ersetzt.

3. § 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden nach der Nummer 2a. die folgenden Nummern 2b. und 2c. eingefügt:

„2b. ICT Karte (§ 19b),

2c. Mobiler ICT Karte (§ 19c),“.

b) In Satz 3 werden nach den Wörtern „Blaue Karte EU“ die Wörter „, die ICT Karte und die Mobiler ICT Karte“ eingefügt.

4. In § 5 Absatz 2 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 angefügt:

„Satz 2 gilt nicht für unternehmensintern Transferierte nach § 19b.“

5. § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Studium

(1) Einem Ausländer wird zum Zweck des Vollzeitstudiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder vergleichbaren Ausbildungseinrichtung eine Aufenthaltserlaubnis nach der Richtlinie 2016/801/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. EU L 132/21 vom 21. 5. 2016) erteilt, wenn der Ausländer von der Ausbildungseinrichtung zugelassen worden ist. Ein Nachweis von Kenntnissen in der Ausbildungssprache wird nicht verlangt, wenn die Sprachkenntnisse bei der Zulassungsentscheidung bereits berücksichtigt worden sind oder durch studienvorbereitende Maßnahmen erworben werden sollen. Der Aufenthaltswitz des Studiums umfasst auch studienvorbereitende Sprachkurse sowie den Besuch eines Studienkollegs (studienvorbereitende Maßnahmen) sowie das Absolvieren eines Pflichtpraktikums.

(2) Eine Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 darf für einen anderen Aufenthaltswert nur erteilt oder verlängert werden, wenn das Studium erfolgreich abgeschlossen wurde. Dies gilt nicht, wenn das Studium ohne Abschluss beendet wird und die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 17 vorliegen oder ein gesetzlicher Anspruch besteht. § 9 findet keine Anwendung.

(3) Sofern der Ausländer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, müssen die zur Personensorge berechtigten Personen dem geplanten Aufenthalt zustimmen.

(4) Die Geltungsdauer bei der Ersterteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für ein Studium beträgt mindestens ein Jahr und soll bei Studium und studienvorbereitenden Maßnahmen zwei Jahre nicht überschreiten. Nimmt der Ausländer an einem Unions- oder multilateralen Programm mit Mobilitätsmaßnahmen teil oder gilt für ihn eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Hochschuleinrichtungen, wird die Aufenthaltserlaubnis für mindestens zwei Jahre erteilt. Dauert das Studium weniger als zwei Jahre, wird die Aufenthaltserlaubnis abweichend von den Sätzen 1 und 2 für die Dauer des Studiums erteilt. Die Aufenthaltserlaubnis kann verlängert werden, wenn der Aufenthaltswert noch nicht erreicht ist und in einem angemessenen Zeitraum noch erreicht werden kann. Zur Prüfung der Frage, ob der Aufenthaltswert noch erreicht werden kann, kann die aufnehmende Ausbildungseinrichtung beteiligt werden.

(5) Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 120 Tage oder 240 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten. Dies gilt nicht während des Aufenthalts zu studienvorbereitenden Maßnahmen im ersten Jahr des Aufenthalts, ausgenommen in der Ferienzeit, und bei einem Aufenthalt nach Absatz 8.

(6) Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums wird die Aufenthaltserlaubnis bis zu 18 Monate zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert, sofern dieser nach den Bestimmungen der §§ 18, 19, 19a und 21 von Ausländern besetzt werden darf. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. § 9 findet keine Anwendung.

(7) Einem Ausländer kann zum Zweck des Teilzeitstudiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder vergleichbaren Ausbildungseinrichtung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden; Absatz 1 bis 6 findet entsprechende Anwendung. Gleiches gilt, wenn der Ausländer von der Ausbildungseinrichtung bedingt zugelassen worden ist.

(8) Einem Ausländer kann auch zum Zweck der Studienbewerbung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Der Aufenthalt als Studienbewerber darf höchstens neun Monate betragen.

(9) Bevor die Aufenthaltserlaubnis aus Gründen, die dem Rechtskreis der Ausbildungseinrichtung zuzuordnen sind und die der Ausländer nicht zu vertreten hat, zurückgenommen, widerrufen oder gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 nachträglich befristet wird, ist dem Ausländer die Möglichkeit zu gewähren, die Zulassung bei einer anderen Ausbildungseinrichtung zu beantragen. § 20 Absatz 6 findet entsprechende Anwendung.“

6. Nach § 16 werden folgende § 16a und 16b eingefügt:

„§ 16a

Mobilität im Rahmen des Studiums

(1) Abweichend von § 4 Absatz 1 bedarf ein Ausländer für einen Aufenthalt zum Zweck des Studiums von bis zu 360 Tagen keines Aufenthaltstitels, wenn

1. er einen von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union für die Dauer des geplanten Aufenthalts gültigen Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums besitzt, der in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2016/801/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. EU L 132/21 vom 21. 5. 2016) fällt,
2. die aufnehmende Ausbildungseinrichtung der zuständigen Behörde mitgeteilt hat, dass der Ausländer beabsichtigt, einen Teil seines Studiums im Bundesgebiet durchzuführen,
3. er einen Teil seines Studiums an einer Ausbildungseinrichtung im Bundesgebiet durchführen möchte, weil er an einem Unions- oder multilateralen Programm mit Mobilitätsmaßnahmen teilnimmt oder für ihn eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Hochschulen gilt,
4. er von der Ausbildungseinrichtung zugelassen wurde,
5. die Kopie eines gültigen Passes oder Passersatzes des Ausländers vorgelegt wird, und
6. die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 vorliegen.

Die Mitteilung nach Satz 1 Nummer 2 hat zum Zeitpunkt der Antragstellung auf Erteilung des Aufenthaltstitels in dem anderen Mitgliedstaat zu erfolgen; ist zu diesem Zeitpunkt die Absicht, einen Teil des Studiums im Bundesgebiet durchzuführen, noch nicht bekannt, hat die Mitteilung in dem Zeitpunkt zu erfolgen, in dem die Absicht bekannt wird.

(2) Erfolgt die Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2 1. Halbsatz, kann die Einreise und der Aufenthalt zum Zweck des Studiums unbeschadet der Möglichkeit der Ablehnung nach Absatz 3 jederzeit innerhalb der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels erfolgen. Erfolgt die Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz, können die Einreise und der Aufenthalt zum Zweck des Studiums unverzüglich nach der Mitteilung erfolgen.

(3) Der Ausländer und die aufnehmende Ausbildungseinrichtung sind verpflichtet, Änderungen in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen anzuzeigen.

(4) § 16 Absatz 5 findet entsprechende Anwendung. § 16 Absatz 6 findet entsprechende Anwendung, wenn das Studium in Deutschland abgeschlossen wird.

(5) Sofern keine Ablehnung nach § 20c erfolgt, ist dem Ausländer eine Bescheinigung über die Berechtigung zu Einreise und Aufenthalt zum Zweck des Studiums im Rahmen der kurzfristigen Mobilität auszustellen.

§ 16b

Sprachkurse und Schulbesuch

(1) Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an Sprachkursen, die nicht der Studienvorbereitung dienen und in Ausnahmefällen für den Schulbesuch erteilt werden. Eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Schüleraustausch kann auch erteilt werden, wenn kein unmittelbarer Austausch erfolgt. § 16 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 gilt entsprechend.

(2) Dient der Schulbesuch nach Absatz 1 einer qualifizierten Berufsausbildung, berechtigt die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer von der Ausbildung unabhängigen Beschäftigung bis zu zehn Stunden je Woche.

(3) Nach erfolgreichem Abschluss der qualifizierten Berufsausbildung kann die Aufenthaltserlaubnis bis zu ein Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes, sofern er nach den Bestimmungen der §§ 18 und 21 von Ausländern besetzt werden darf, verlängert werden. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. § 9 findet keine Anwendung.

(4) § 16 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.“

7. Nach § 17a wird § 17b eingefügt:

„§ 17b

Praktikanten

(1) Einem Drittstaatsangehörigen wird eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck eines Praktikums nach der Richtlinie 2016/801/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. EU L 132/21 vom 21. 5. 2016) erteilt, um sich im Rahmen dieses Praktikums Wissen, praktische Kenntnisse und Erfahrungen in einem beruflichen Umfeld anzueignen, und

1. er eine Vereinbarung mit einer aufnehmenden Einrichtung über die Teilnahme an einem Praktikum vorlegt, die theoretische und praktische Schulungsmaßnahmen vorsieht. Die Praktikumsvereinbarung muss eine Beschreibung des Programms für das Praktikum einschließlich des Bildungsziels oder der Lernkomponenten, die Angabe der Dauer des Praktikums, die Bedingungen der Tätigkeit und der Betreuung des Praktikanten, die Arbeitszeiten des Praktikanten und das Rechtsverhältnis zwischen dem Praktikanten und der aufnehmenden Einrichtung enthalten,
2. er nachweist, dass er in den letzten zwei Jahren vor dem Datum der Antragstellung einen Hochschulabschluss erlangt hat oder ein Studium absolviert, das zu einem Hochschulabschluss führt;
3. das Praktikum fachlich und im Niveau dem in Nummer 2 genannten Hochschulabschluss oder dem Studium entspricht,

4. die aufnehmende Einrichtung sich schriftlich zur Übernahme der Kosten verpflichtet hat, die öffentlichen Stellen bis zu sechs Monaten nach der Beendigung der Praktikumsvereinbarung entstehen für den Lebensunterhalt des Ausländers während eines unerlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet und eine Abschiebung des Ausländers.

(2) Der Aufenthaltstitel für Praktikanten wird für die Dauer der Praktikumsvereinbarung, höchstens jedoch für sechs Monate erteilt.

(3) §§ 16 Absatz 3 und 20 Absatz 6 gelten entsprechend.“

8. § 18 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 5 werden die Wörter „oder § 19a“ durch die Wörter „, § 19a, § 19b oder § 19d“ ersetzt.
- b) In Absatz 6 werden die Wörter „oder § 19a“ durch die Wörter „, § 19a, § 19b, § 19d, § 20 oder § 20b“ ersetzt und nach den Wörtern „Nummer 3“ werden die Wörter „oder Absatz 4“ eingefügt.

9. Nach § 18d wird § 18e eingefügt:

„§ 18e

Freiwilligendienst

(1) Einem Drittstaatsangehörigen wird eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Teilnahme an einem Europäischen Freiwilligendienst nach der Richtlinie 2016/801/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. EU L 132/21 vom 21. 5. 2016) erteilt, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat und eine Vereinbarung mit der aufnehmenden Einrichtung, die eine Beschreibung des Freiwilligendienstes, Angaben über die Dauer des Freiwilligendienstes und die Dienstzeiten, die Bedingungen der Tätigkeit und der Betreuung des Freiwilligen, die zur Verfügung stehenden Mittel für die Kosten wie Unterhalt und Unterkunft sowie einen Mindestbetrag als Taschengeld für die Dauer des Aufenthalts und gegebenenfalls die Ausbildung, die der Drittstaatsangehörige erhält, damit er die Aufgaben des Freiwilligendienstes ordnungsgemäß durchführen kann, vorgelegt wird.

(2) Der Aufenthaltstitel für den Freiwilligen wird für die Dauer der Freiwilligenvereinbarung, höchstens jedoch für ein Jahr erteilt.

(3) §§ 16 Absatz 3 und 20 Absatz 6 gelten entsprechend.“

10. Nach § 19a werden folgende §§ 19b, 19c und 19d eingefügt:

„§ 19b

Unternehmensintern Transferierte

(1) Einem Ausländer wird eine ICT Karte nach der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für

die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) zum Zweck eines mehr als 90 Tage dauernden Transfers in eine oder mehrere inländische Niederlassungen desselben Unternehmens mit Sitz außerhalb der Europäischen Union oder ein oder mehrere inländische abhängige Unternehmen desselben Konzerns mit Sitz außerhalb der Europäischen Union erteilt, wenn

1. er als Führungskraft oder Spezialist tätig wird,
2. er dem Unternehmen oder dem Konzern unmittelbar vor Beginn des Transfers seit mindestens 6 Monaten und für die Zeit des Transfers ununterbrochen angehört,
3. die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung nach § 42 Absatz 2 Nummer 1 oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die ICT Karte ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nach § 39 erteilt werden kann,
4. er einen für die Dauer des Transfers gültigen Arbeitsvertrag oder ein Abordnungsschreiben vorweist, in welchem Einzelheiten zu Ort, Art, Entgelt und sonstigen Bedingungen des Transfers sowie der Nachweis, dass der Ausländer nach Beendigung des Transfers in eine Niederlassung des gleichen Unternehmens oder ein zum gleichen Konzern gehörendes Unternehmen zurückkehren kann, enthalten sind,
5. er seine berufliche Qualifikation nachweist und
6. er sich nicht länger in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten will als in der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Ausländer, der als Trainee tätig wird, wenn der Aufenthalt im Rahmen eines Traineeprogramms erfolgt, welches der beruflichen Entwicklung oder der Fortbildung in Bezug auf die Geschäftstechniken und -methoden dient.

(3) Absatz 1 gilt nicht für Ausländer,

1. die aufgrund von Übereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Drittstaaten andererseits ein Recht auf freien Personenverkehr genießen, das dem der Unionsbürger gleichwertig ist, oder in einem Unternehmen mit Sitz in einem dieser Drittstaaten beschäftigt sind,
2. die im Rahmen ihres Studiums ein Praktikum durchführen.

(4) Die ICT Karte wird für Führungskräfte und Spezialisten für die Dauer von mindestens einem Jahr bis höchstens drei Jahren, für Trainees für die Dauer von höchstens einem Jahr erteilt und verlängert. Beträgt die Dauer des Transfers kürzer als ein Jahr, wird die ICT Karte für die Dauer des Transfers erteilt.

(5) Eine ICT Karte wird nicht erteilt, wenn

1. die aufnehmende Einrichtung hauptsächlich zu dem Zweck gegründet wurde, die Einreise von unternehmensintern transferierten Arbeitnehmern zu erleichtern, oder
2. der Ausländer sich im Rahmen der in der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unter-

nehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) vorgesehenen Möglichkeiten der Einreise und des Aufenthalts in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union länger in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten wird als im Bundesgebiet.

(6) Der Antrag auf Erteilung einer ICT Karte kann abgelehnt werden, wenn

1. ein Verstoß gegen § 19c oder § 19d vorliegt oder
2. der Antrag vor Ablauf von sechs Monaten seit dem Ende des letzten Transfers des Ausländers im Bundesgebiet gestellt wird.

§ 19c

Kurzfristige Mobilität unternehmensintern Transferierter

(1) Abweichend von § 4 Absatz 1 bedarf ein Ausländer, der sich für eine Dauer von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen im Bundesgebiet zu Erwerbszwecken aufhält, keines Aufenthaltstitels, wenn

1. der Ausländer einen gültigen, nach der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) ausgestellten Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates besitzt,
2. die aufnehmende Niederlassung in dem anderen Mitgliedstaat der zuständigen Behörde mitgeteilt hat, dass der Ausländer eine Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet beabsichtigt,
3. die aufnehmende inländische Niederlassung oder die aufnehmenden Niederlassungen und das Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU, dem der Ausländer angehört, zum selben Unternehmen oder zum selben Konzern mit Sitz außerhalb der EU gehören,
4. ein Arbeitsvertrag oder ein Abordnungsschreiben gemäß den Vorgaben in § 19b Absatz 1 Nummer 4 vorgelegt wird, welches bereits dem anderen Mitgliedstaat vorgelegt wurde, und
5. die Kopie eines gültigen Passes oder Passersatzes des Ausländers vorgelegt wird.

Die Mitteilung nach Satz 1 Nummer 2 hat zum Zeitpunkt der Antragstellung in dem anderen Mitgliedstaat zu erfolgen; ist zu diesem Zeitpunkt die Absicht des Transfers in das Bundesgebiet noch nicht bekannt, hat die Mitteilung im Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Absicht zu erfolgen. Die Mitteilung ist bei der Einreise über eine Außengrenze durch den Ausländer mitzuführen und den zuständigen Behörden auf Verlangen vorzulegen.

(2) Der Ausländer hat der Ausländerbehörde unverzüglich mitzuteilen, wenn der Aufenthaltstitel nach Absatz 1 Nummer 1 durch den anderen Mitgliedstaat verlängert wurde.

(3) Die Einreise und der Aufenthalt werden abgelehnt, wenn

1. das dem Ausländer während des Transfers im Bundesgebiet gewährte Arbeitsentgelt nicht dem von vergleichbaren deutschen oder entsandten Arbeitnehmern entspricht,
2. die Voraussetzungen des Absatz 1 nicht vorliegen,
3. die nach Absatz 1 vorgelegten Unterlagen in betrügerischer Weise erworben oder gefälscht oder manipuliert wurden,
4. der Ausländer sich schon länger als drei Jahre oder, wenn es sich um einen Trainee handelt, länger als ein Jahr in der EU aufhält,
5. der Aufenthalt des Ausländers die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

(4) Die Ablehnung hat innerhalb von 20 Tagen nach Zugang der Mitteilung nach Absatz 1 Nummer 2 zu erfolgen. Sie ist den zuständigen Behörden des anderen Mitgliedstaats sowie der aufnehmenden Niederlassung in dem anderen Mitgliedstaat bekanntzugeben.

(5) Erfolgt die Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz, so können die Einreise und der Aufenthalt unverzüglich nach der Mitteilung erfolgen. Werden die Einreise und der Aufenthalt nach Absatz 2 abgelehnt, so ist die Erwerbstätigkeit durch den Ausländer unverzüglich einzustellen; § 50 Absatz 1 und 2 findet Anwendung. Erfolgt keine Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2, gilt § 50 Absatz 1 und 2 entsprechend.

§ 19d

Langfristige Mobilität unternehmensintern Transferierte

(1) Einem Ausländer wird eine Mobile ICT Karte nach der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) zum Zweck eines mehr als 90 Tage dauernden Transfers in eine oder mehrere inländische Niederlassungen desselben Unternehmens mit Sitz außerhalb der Europäischen Union oder ein oder mehrere inländische abhängige Unternehmen desselben Konzerns mit Sitz außerhalb der Europäischen Union erteilt, wenn

1. er einen für die Dauer des Verfahrens gültigen, nach der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) ausgestellten Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates besitzt,
2. die inländische aufnehmende Niederlassung demselben Unternehmen oder Konzern mit Sitz außerhalb der EU angehört wie die Niederlassung in dem anderen Mitgliedstaat,
3. er einen für die Dauer des Transfers gültigen Arbeitsvertrag oder ein Abordnungsschreiben vorweist, in welchem Einzelheiten zu Ort, Art, Entgelt und sonstigen Bedingungen des Transfers sowie der Nachweis, dass der Ausländer nach Beendigung des Transfers in eine Niederlassung des gleichen Unternehmens oder ein zum gleichen Konzern gehörendes Unternehmen zurückkehren kann, enthalten sind.

(2) Der Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit des Ausländers gelten vor der Entscheidung über den Antrag gemäß Absatz 1 für bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen als erlaubt, wenn der Antrag mindestens 20 Tage vor Beginn des Aufenthalts im Bundesgebiet gestellt wurde.

(3) Der Antrag nach Absatz 1 kann nicht gestellt werden, wenn bereits eine Mitteilung nach § 19c Absatz 1 gemacht wurde. Ein Antrag, der während des Aufenthalts nach § 19c gestellt wird, ist mindestens 20 Tage vor Ablauf der Frist nach § 19c Absatz 1 zu stellen.

(4) Eine Mobile ICT Karte wird nicht erteilt, wenn der Ausländer sich im Rahmen des unternehmensinternen Transfers kürzer in einem anderen Mitgliedstaat aufhält als im Bundesgebiet.

(5) Der Antrag kann abgelehnt werden, wenn

1. die Höchstdauer des unternehmensinternen Transfers nach § 19 b Absatz 3 überschritten wurde,
2. einer der in § 19 b Absatz 5 Nummer 1, 2 und 5 geregelten Ablehnungsgründe vorliegt, oder
3. ein Verstoß gegen § 19 c vorliegt.

(6) Die inländische aufnehmende Niederlassung ist verpflichtet, Änderungen in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen anzuzeigen.“

11. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 1 werden vor Nummer 1 nach den Wörtern „Einem Ausländer wird“ die Wörter „innerhalb von 60 Tagen nach Antragstellung“ und nach dem Wort „Aufenthaltserlaubnis“ die Wörter „nach der Richtlinie 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit“ eingefügt.

bb) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

- „1. er eine wirksame Aufnahmevereinbarung oder einen entsprechenden Vertrag zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer Forschungseinrichtung abgeschlossen hat, die für die Durchführung des besonderen Zulassungsverfahrens für Forscher im Bundesgebiet anerkannt ist, und“.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Nimmt der Ausländer an einem Unions- oder multilateralen Programm mit Mobilitätsmaßnahmen teil, wird die Aufenthaltserlaubnis für mindestens zwei Jahre erteilt.“

bb) Der bisherige Satz 2 wird zu Satz 3.

cc) Der neue Satz 3 wird wie folgt geändert:

aaa) Nach den Wörtern „Satz 1“ werden die Wörter „und Satz 2“ eingefügt.

bbb) Nach dem Wort „Forschungsvorhabens“ werden die Wörter „, in den Fällen von Satz 2 mindestens für ein Jahr, “ eingefügt.

c) Absatz 5 wird aufgehoben.

d) Absätze 6 und 7 werden zu Absätzen 5 und 6.

e) Der neue Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „und 5 Satz 2“ gestrichen.

bb) Satz 3 wird aufgehoben

f) Der neue Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „gestellt haben“ die Wörter „, die als Asylberechtigte anerkannt wurden oder denen die Flüchtlingseigenschaft im Sinne des § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes oder subsidiärer Schutz im Sinne des § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes zuerkannt wurde“ eingefügt.

bb) In Nummer 4 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

cc) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.

dd) Nach Nummer 5 werden die folgenden Nummern 6, 7 und 8 angefügt:

„6. die eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt EU oder einen durch einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union auf der Grundlage der Richtlinie 2003/109/EG erteilten Aufenthaltstitel besitzen,

7. die auf Grund von Übereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Drittstaaten andererseits ein Recht auf freien Personenverkehr genießen, das dem der Unionsbürger gleichwertig ist,

8. die eine Blaue Karte EU nach § 19a oder einen durch einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union auf Grundlage der Richtlinie 2009/50/EG erteilten Aufenthaltstitel besitzen.“

g) Es wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Nach Abschluss der Forschungstätigkeit, der durch die aufnehmende Einrichtung zu bestätigen ist, wird die Aufenthaltserlaubnis um bis zu 9 Monate zur Suche eines der Qualifikation des Forschers entsprechenden Arbeitsplatzes verlängert, sofern dieser nach den Bestimmungen der §§ 18, 19, 19a und 21 von Ausländern besetzt werden darf.“

12. Nach § 20 werden folgende §§ 20a, 20b und 20c eingefügt:

„§ 20a

Kurzfristige Mobilität von Forschern

(1) Abweichend von § 4 Absatz 1 bedarf ein Ausländer für einen Aufenthalt zum Zweck der Forschung für eine Dauer von bis zu 180 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 360 Tagen keines Aufenthaltstitels, wenn

1. er einen gültigen, nach der Richtlinie 2016/801/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. EU L 132/21 vom 21. 5. 2016) ausgestellten Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates zum Zwecke der Forschung besitzt,
2. die aufnehmende Forschungseinrichtung der zuständigen Behörde mitgeteilt hat, dass der Ausländer beabsichtigt, einen Teil seiner Forschungstätigkeit im Bundesgebiet durchzuführen,
3. die Aufnahmevereinbarung oder der entsprechende Vertrag, die mit der Forschungseinrichtung im Bundesgebiet geschlossen wurde, vorgelegt wird,
4. die Kopie eines gültigen Passes oder Passersatzes des Ausländers vorgelegt wird und
5. die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nummer 1 vorliegen.

Die Mitteilung nach Satz 1 Nummer 2 hat zum Zeitpunkt der Antragstellung in dem anderen Mitgliedstaat zu erfolgen; ist zu diesem Zeitpunkt die Absicht, einen Teil der Forschungstätigkeit im Bundesgebiet durchzuführen, noch nicht bekannt, hat die Mitteilung im Zeitpunkt des Bekanntwerdens der beabsichtigten Mobilität zu erfolgen. . Die Mitteilung ist bei der Einreise über eine Außengrenze durch den Ausländer mitzuführen und den zuständigen Behörden auf Verlangen vorzulegen.

(2) Erfolgt die Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2 1. Halbsatz, kann die Einreise und der Aufenthalt zum Zweck der Forschung unbeschadet der Möglichkeit der Ablehnung nach Absatz 3 jederzeit innerhalb der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels erfolgen. Erfolgt die Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz, so kann die Einreise und der Aufenthalt unverzüglich nach der Mitteilung erfolgen. Wird die Einreise und der Aufenthalt nach Absatz 2 abgelehnt, so ist die Forschungstätigkeit durch den Ausländer unverzüglich einzustellen; § 50 Absatz 1 und 2 findet Anwendung. Erfolgt keine Mitteilung nach Absatz 1 Satz 2, gilt § 50 Absatz 1 und 2 entsprechend.

(3) Die Einreise und der Aufenthalt wird unbeschadet der Ablehnungsgründe in § 20c abgelehnt, wenn die aufnehmende Forschungseinrichtung im Bundesgebiet nicht nach dem nach der Richtlinie 2016/801/EU vorgesehenen besonderen Zulassungsverfahren für Forschungseinrichtungen anerkannt ist. Die Ablehnung hat innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Mitteilung nach Absatz 1 Nummer 2 zu erfolgen. Sie ist den zuständigen Behörden des anderen Mitgliedstaats sowie dem Mitteilenden schriftlich bekanntzugeben.

(4) Der Ausländer und die aufnehmende Forschungseinrichtung sind verpflichtet, Änderungen in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen anzuzeigen.

(5) Ein Ausländer, der die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt, ist zur Aufnahme der Forschungstätigkeit bei der aufnehmenden Forschungseinrichtung und zur Aufnahme von Tätigkeiten in der Lehre berechtigt.

(6) Sofern keine Ablehnung nach Absatz 2 oder § 20c erfolgt, ist dem Ausländer eine Bescheinigung über die Berechtigung zur Einreise und zum Aufenthalt zum Zwecke der Forschung im Rahmen der kurzfristigen Mobilität auszustellen.

§ 20b

Aufenthaltserlaubnis für mobile Forscher

(1) Einem Ausländer wird innerhalb von 60 Tagen nach Antragstellung eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck eines mehr als 180 Tage und höchstens ein Jahr dauernden Aufenthalts im Bundesgebiet zu Forschungszwecken erteilt, wenn

1. er einen für die Dauer des Verfahrens gültigen, nach der Richtlinie 2016/801/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. EU L 132/21 vom 21. 5. 2016) ausgestellten Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates besitzt,
2. die Kopie eines gültigen Passes oder Passersatzes vorgelegt wird, und
3. die Aufnahmevereinbarung oder der entsprechende Vertrag, die mit der Forschungseinrichtung im Bundesgebiet geschlossen wurde, vorgelegt wird.

(2) Der Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit des Ausländers gelten vor der Entscheidung über den Antrag gemäß Absatz 1 für bis zu 180 Tage innerhalb eines Zeitraums von 360 Tagen als erlaubt, wenn der Aufenthaltstitel des anderen Mitgliedstaates gültig ist und der Antrag mindestens 30 Tage vor der Einreise gestellt wurde.

(3) Der Antrag nach Absatz 1 kann nicht gleichzeitig mit der Mitteilung nach § 20a Absatz 1 gestellt werden. Ein Antrag, der während eines Aufenthalts nach § 20a Absatz 1 gestellt wird, ist mindestens 30 Tage vor Ablauf der in § 20a Absatz 1 genannten Frist zu stellen.

(4) Der Antrag wird unbeschadet der Ablehnungsgründe des § 20c abgelehnt, wenn

1. der Ausländer sich im Rahmen der Forschungstätigkeit kürzer in einem anderen Mitgliedstaat aufhält als im Bundesgebiet,
2. die aufnehmende Forschungseinrichtung im Bundesgebiet nicht nach dem nach der Richtlinie 2016/801/EU vorgesehenen besonderen Zulassungsverfahren für Forschungseinrichtungen anerkannt ist,

(5) § 20 Absatz 5 und Absatz 7 findet Anwendung.

(6) Der Ausländer und die aufnehmende Forschungseinrichtung sind verpflichtet, Änderungen in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen anzuzeigen.

§ 20c

Ablehnungsgründe

(1) Ein Aufenthaltstitel nach §§ 16, 17b, 18e, 20 oder 20b wird nicht erteilt, wenn die aufnehmende Einrichtung hauptsächlich zu dem Zweck gegründet wurde, die Einreise und den Aufenthalt zu dem in der jeweiligen Vorschrift genannten Zweck zu erleichtern.

(2) Der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach §§ 16, 17b, 18e, 20 oder 20b kann abgelehnt werden, wenn

1. Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die aufnehmende Einrichtung
 - a) zahlungsunfähig ist,
 - b) von Zahlungsunfähigkeit bedroht ist, oder
 - c) abgewickelt wurde,
2. Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Ausländer den Aufenthalt zu anderen Zwecken nutzen wird als zu jenen, für die er die Zulassung beantragt,

(3) Einreise und Aufenthalt nach §§ 16a und 20a werden abgelehnt, wenn

1. die Voraussetzungen von § 16a Absatz 1 oder § 20a Absatz 1 nicht vorliegen,
2. Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die aufnehmende Einrichtung
 - a) zahlungsunfähig ist,
 - b) von Zahlungsunfähigkeit bedroht ist, oder
 - c) abgewickelt wurde,
3. die nach Absatz 1 vorgelegten Unterlagen in betrügerischer Weise erworben oder gefälscht oder manipuliert wurden,
4. die aufnehmende Ausbildungseinrichtung hauptsächlich zu dem Zweck gegründet wurde oder betrieben wird, die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern zu dem in §§ 16a und 20a genannten Zweck zu erleichtern,
5. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Ausländer seinen Aufenthalt nicht zu dem in § 16a oder § 20a genannten Zweck nutzen wird, oder
6. der Aufenthalt des Ausländers die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet; § 73 findet entsprechende Anwendung.

Die Ablehnung hat innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Mitteilung nach Absatz 1 Nummer 2 zu erfolgen. Sie ist den zuständigen Behörden des anderen Mitgliedstaats sowie dem Mitteilenden schriftlich bekanntzugeben.“

13. In § 27 Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „oder eine Blaue Karte EU“ durch die Wörter „, eine Blaue Karte EU, eine ICT Karte oder eine Mobiler ICT Karte oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 oder § 20b“ ersetzt und „oder sich gemäß § 20a berechtigt im Bundesgebiet aufhält“ angefügt

14. In § 29 Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „oder eine Blaue Karte EU“ durch die Wörter „, eine Blaue Karte EU, eine ICT Karte, eine Mobiler ICT Karte, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 oder 20b“ ersetzt und die Wörter „oder sich gemäß § 20a berechtigt im Bundesgebiet aufhält“ angefügt

15. § 30 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 Nummer 3 werden in Buchstabe g nach den Wörtern „Blaue Karte EU“ die Wörter „, eine ICT Karte oder eine Mobiler ICT Karte“ eingefügt.
- b) In Satz 3 Nummer 5 werden nach den Wörtern „Blauen Karte EU“ die Wörter „, einer ICT Karte oder einer Mobiler ICT Karte oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 oder § 20b“ eingefügt.
- c) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Hält sich der Ausländer gemäß § 20a berechtigt im Bundesgebiet auf, bedarf der Ehegatte keines Aufenthaltstitels, wenn er nachweist, dass er sich im ersten Mitgliedstaat rechtmäßig als Angehöriger des Forschers aufgehalten hat. § 20a Absatz 1 Nummer 4, 5 und 6 und § 20c gelten entsprechend.“

16. § 32 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „Blaue Karte EU“ die Wörter „, eine ICT Karte, eine Mobiler ICT Karte“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 werden die Wörter „oder eine Blaue Karte EU“ durch die Wörter „, eine Blaue Karte EU, eine ICT Karte oder eine Mobile ICT Karte oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 oder § 20b“ ersetzt.
- c) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Hält sich der Ausländer gemäß § 20a berechtigt im Bundesgebiet auf, bedarf der Ehegatte keines Aufenthaltstitels, wenn er nachweist, dass er sich im ersten Mitgliedstaat rechtmäßig als Angehöriger des Forschers aufgehalten hat. § 20a Absatz 1 Nummer 4, 5 und 6 und § 20c gelten entsprechend.“

17. § 40 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Nummer 3 werden nach den Wörtern „worden ist“ die Wörter „; dies gilt bei einem unternehmensinternen Transfer gemäß § 19b oder § 19d entsprechend für die aufnehmende Niederlassung.“ eingefügt.
- b) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Zustimmung zur Erteilung einer ICT Karte nach § 19b kann versagt werden, wenn

- 1. der Arbeitgeber oder die aufnehmende Niederlassung seinen oder ihren sozialversicherungsrechtlichen, steuerrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Pflichten nicht nachgekommen ist,
- 2. Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Arbeitgeber oder die aufnehmende Niederlassung
 - a) zahlungsunfähig ist,
 - b) von Zahlungsunfähigkeit bedroht ist,

- c) abgewickelt wurde oder
- d) keine Geschäftstätigkeit ausübt, oder

3. Anhaltspunkte dafür bestehen, dass durch die Präsenz des unternehmensinternen Transferierten eine Einflussnahme auf arbeitsrechtliche oder betriebliche Auseinandersetzungen oder Verhandlungen bezweckt oder bewirkt wird.“

18. In § 51 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Eine ICT Karte nach § 19b erlischt nicht nach Absatz 1 Nummer 6 und 7, wenn der Ausländer von der in der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) vorgesehenen Möglichkeit, einen Teil des unternehmensinternen Transfers in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union durchzuführen, Gebrauch macht.“

19. § 52 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Eine nach § 19b erteilte ICT Karte kann widerrufen werden, wenn der Ausländer nicht mehr die Voraussetzungen erfüllt, unter denen ihm eine ICT Karte nach § 19b erteilt werden könnte. Das Gleiche gilt für eine nach § 19d erteilte Mobile ICT Karte und einen Aufenthaltstitel zum Zweck des Familiennachzugs zu einem Inhaber einer ICT Karte oder Mobile ICT Karte. Im Fall eines Widerrufs nach Satz 1 oder Satz 2 erste Alternative ist der dem Familienangehörigen erteilte Aufenthaltstitel zugleich zu widerrufen, wenn diesem kein eigenständiger Anspruch auf einen Aufenthaltstitel zusteht.“

b) Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Zur Prüfung der Voraussetzungen von Satz 1 Nummer 2 kann die aufnehmende Ausbildungseinrichtung beteiligt werden.“

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Vor Nummer 1 werden nach der Angabe „§ 20“ die Wörter „oder § 20b“ eingefügt.

bb) In Nummer 3 werden nach der Angabe „§ 20“ die Wörter „oder § 20b“ eingefügt.

d) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

„(4a) Eine nach § 17b oder § 18e erteilte Aufenthaltserlaubnis kann widerrufen werden, wenn der Ausländer nicht mehr die Voraussetzungen erfüllt, unter denen ihm die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden könnte.“

20. § 69 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Satz 1 gilt nicht im Rahmen des Mitteilungsverfahrens nach § 19c.“

b) In Absatz 3 werden nach Nummer 1a folgende Nummern 1b und 1c eingefügt:

„1b. für die Erteilung einer ICT Karte: 140 Euro,

1c. für die Erteilung einer Mobiler ICT Karte: 100 Euro,“.

- c) In Absatz 3 Nummer 3 werden die Wörter „oder einer Blauen Karte EU“ durch die Wörter „, einer Blauen Karte EU oder einer ICT Karte“ ersetzt.

21. In § 77 Absatz 1 wird nach Satz 3 folgender Satz 4 angefügt:

„Die Versagung der Verlängerung sowie die Rücknahme oder der Widerruf einer ICT Karte, Mobiler ICT Karte oder eines Aufenthaltstitels zum Zweck des Familiennachzugs zu einem Inhaber einer ICT Karte oder Mobiler ICT Karte ist mit der erfolgten Begründung auch der aufnehmenden Niederlassung oder dem aufnehmenden Unternehmen schriftlich bekannt zu geben.“

22. In § 81 wird nach Absatz 5 folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Über den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs zu einem Inhaber einer ICT Karte oder Mobiler ICT Karte wird gleichzeitig mit dem Antrag auf Erteilung einer ICT Karte oder einer Mobiler ICT Karte entschieden, wenn der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug gleichzeitig mit dem Antrag auf Erteilung einer ICT Karte oder Mobiler ICT Karte gestellt wurde.“

23. § 82 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird folgender Satz 5 angefügt:

„Der Ausländer, der eine ICT Karte nach § 19b beantragt hat, ist verpflichtet, jede während des Antragsverfahrens eingetretene Änderung mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Erteilungsvoraussetzungen hat.“

- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „§§ 18 oder 18a oder einer Blauen Karte EU“ durch die Wörter „§§ 18 oder 18a, einer Blauen Karte EU oder einer ICT Karte“ ersetzt.

24. § 91d wird wie folgt gefasst:

„§ 91d

Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2016/801/EU innerhalb der Europäischen Union

(1) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nimmt als nationale Kontaktstelle im Sinne des Artikels 37 Absatz 1 der Richtlinie 2016/801 Anträge und Mitteilungen nach § 16a, § 20a und § 20b entgegen und leitet diese an die zuständige Ausländerbehörde weiter.

(2) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterrichtet die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, in welchem der Ausländer einen Aufenthaltstitel nach der Richtlinie 2016/801 besitzt, über den Inhalt und den Tag einer Entscheidung über die Mitteilung nach § 16a und § 20a sowie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 20b. Die Ausländerbehörde, die die Entscheidung getroffen hat, übermittelt der nationalen Kontaktstelle unverzüglich die hierfür erforderlichen Angaben.

(3) Wird ein Aufenthaltstitel nach § 16 Absatz 1, § 17b, § 18e oder § 20 widerrufen, zurückgenommen, nicht verlängert oder läuft er nach einer Verkürzung der Frist gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 ab, so unterrichtet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unverzüglich die zuständigen Behörden des anderen Mitgliedstaates, sofern sich der Ausländer dort im Rahmen des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2016/801 aufhält und dies dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekannt ist. Die Ausländerbehörde, die die Entscheidung getroffen hat, übermittelt der nationalen Kontaktstelle unverzüglich die für die Unterrichtung nach Satz 1 erforderlichen Angaben.“

25. Nach § 91f wird folgender § 91g eingefügt:

„§ 91g

Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2014/66/EU innerhalb der Europäischen Union

(1) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nimmt als nationale Kontaktstelle im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 der Richtlinie 2014/66/EU Anträge und Mitteilungen nach § 19c und § 19d entgegen und leitet diese an die zuständige Ausländerbehörde weiter.

(2) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterrichtet die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, in dem der Ausländer eine ICT Karte besitzt, über den Inhalt und den Tag einer Entscheidung über die Mitteilung nach § 19c Absatz 1 sowie die Erteilung einer Mobiler ICT Karte gemäß § 19d. Wird eine ICT Karte nach § 19b widerrufen, zurückgenommen, nicht verlängert oder läuft sie nach einer Verkürzung der Frist gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 ab, so unterrichtet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unverzüglich die Behörde des anderen Mitgliedstaates, in welchem der Ausländer von den in der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ABl. EU L 157/1 vom 27. 5. 2014) vorgesehenen Möglichkeit, einen Teil des unternehmensinternen Transfers in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union durchzuführen, Gebrauch gemacht hat, sofern dies der Ausländerbehörde bekannt ist. Die Behörde, die die Entscheidung getroffen hat, übermittelt der nationalen Kontaktstelle unverzüglich die hierfür erforderlichen Angaben.

(3) Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt den zuständigen Organen der Europäischen Union jährlich die Anzahl der erstmalig erteilten ICT Karten, Mobiler ICT Karten sowie der Mitteilungen nach § 19c Absatz 1 inklusive der Angaben über Staatsangehörigkeit und Gültigkeitsdauer.“

26. In § 98 wird nach Absatz 2b folgender Absatz 2c eingefügt:

„(2c) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. die Mitteilung nach § 19c Absatz 1 unterlässt,
2. einen Ausländer dazu anstiftet oder ihm dazu Hilfe leistet, den Aufenthaltstitel gemäß §§ 19b, 19c oder 19d zu einem anderen Zweck zu nutzen als zu demjenigen, zu dem er ausgestellt wurde,

3. einen Antrag nach § 19b nicht bei deutschen Behörden gestellt hat, obwohl der längste Aufenthalt im Rahmen des unternehmensinternen Transfers im Bundesgebiet erfolgt,
4. entgegen § 19d Absatz 5 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in vorgeschriebener Weise oder nicht rechtzeitig macht.“

Artikel 2

Änderung des Sozialgesetzbuches III

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S.594, 595), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 285 und § 286 wie folgt gefasst:

„§ 285 Arbeitserlaubnis zur Saisonbeschäftigung

§ 286 (weggefallen)“.

2. Nach § 284 wird folgender § 285 eingefügt:

„§ 285

Arbeitserlaubnis zur Saisonbeschäftigung

Die Bundesagentur für Arbeit wird ermächtigt, für jedes Kalenderjahr jeweils bis zum 31. Dezember des Vorjahres die Zahl der Arbeitserlaubnisse und Zustimmungen zur Saisonbeschäftigung festzulegen.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union wurden im Zeitraum von Februar 2014 bis Mai 2016 mehrere Richtlinien im Bereich des Aufenthaltsrechts erlassen. Diese Richtlinien bedürfen der Umsetzung in das nationale Recht, soweit dieses nicht bereits mit den Regelungen der Richtlinien in Einklang steht.

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der folgenden Richtlinien in das innerstaatliche Recht:

1. Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer (Saisonarbeitnehmerrichtlinie);
2. Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ICT-Richtlinie);
3. Richtlinie 2016/801/EU über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (REST-Richtlinie).

Die Saisonarbeitnehmerrichtlinie ist nach ihrem Artikel 28 Absatz 1 bis zum 30. September 2016 umzusetzen. Die ICT-Richtlinie ist nach ihrem Artikel 27 Absatz 1 bis zum 29. November 2016 umzusetzen, für die REST-Richtlinie läuft die Umsetzungsfrist bis zum 23. Mai 2018 (dort Artikel 40 Absatz 1).

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die Umsetzung der Saisonarbeitnehmerrichtlinie schafft insbesondere...

Die Umsetzung der ICT-Richtlinie sorgt für eine Konzentrierung der Vorschriften zu Einreise und Aufenthalt innerhalb eines unternehmensinternen Transfers. Bereits bislang gab es die Möglichkeit, im Rahmen eines Personalaustauschs im Unternehmen in das Bundesgebiet einzureisen und hier erwerbstätig zu sein; gleiches galt für Führungskräfte sowie leitende Angestellte und Spezialisten. Die Umsetzung der Richtlinie sorgt dafür, dass diese verschiedenen Möglichkeiten für die Zwecke eines unternehmensinternen Transfers konsolidiert werden. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geschaffen, sich mit dem Aufenthaltstitel eines europäischen Mitgliedstaates im Rahmen des unternehmensinternen Transfers auch im Bundesgebiet zu Erwerbszwecken aufzuhalten.

Die REST-Richtlinie sieht zwingend eine Umsetzung der Vorschriften zu Einreise und Aufenthalt von Forschern, Studenten, Praktikanten und europäischen Freiwilligen vor. Der Umsetzung dieser Vorschriften dient der Gesetzentwurf. In Bezug auf Forscher ändert sich die Rechtslage dahingehend, dass auch hier vereinfachte Möglichkeiten geschaffen werden, sich mit dem Aufenthaltstitel eines anderen europäischen Mitgliedstaats zu For-

schungszwecken im Bundesgebiet aufzuhalten. Für die Einreise und den Aufenthalt zum Zweck des Studiums wird nunmehr ein Anspruch geschaffen; auch hier werden die Möglichkeiten des Wechsels zwischen den europäischen Mitgliedstaaten erleichtert. In Bezug auf Praktikanten und Teilnehmer an einem europäischen Freiwilligendienst...

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 4 GG (Aufenthalts- und Niederlassungsrecht). Ohne eine bundeseinheitliche Regelung wären erhebliche Beeinträchtigungen des länderübergreifenden Rechtsverkehrs bei Einreise und Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet zu erwarten und eine im gesamtstaatlichen Interesse liegende Steuerung der Zugangs- und Aufenthaltsbedingungen von Ausländern nicht möglich. Eine bundesgesetzliche Regelung ist folglich zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und mit den völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, vereinbar. Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der genannten Richtlinien und ist somit insbesondere auch mit diesen vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

Der Gesetzentwurf wird im Falle des Inkrafttretens die im Folgenden dargestellten Auswirkungen haben.

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Es erfolgt eine Verwaltungsvereinfachung in Bezug auf innereuropäische Wechsel von Forschern. Für Kurzaufenthalte ist die Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht mehr Voraussetzung, sondern es hat lediglich noch eine Mitteilung über den geplanten Aufenthalt zu erfolgen. Die zuständigen Behörden können die Einreise und den Aufenthalt dennoch ablehnen. Gleiches gilt für Wechsel von Ausländern, die bereits einen Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums in einem anderen europäischen Mitgliedstaat besitzen und Teile des Studiums im Bundesgebiet absolvieren möchten.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz dient der Stärkung der legalen Migration zu Zwecken der Erwerbstätigkeit und trägt damit zur mittel- und langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland bei. Damit stehen die Änderungen im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

4. Erfüllungsaufwand

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Für die Verwaltung entsteht in Bezug auf die Umsetzung der Saisonarbeitnehmerrichtlinie... In Bezug auf die Umsetzung der ICT Richtlinie entsteht Verwaltungsaufwand durch die Schaffung einer Nationalen Kontaktstelle, welche die zentrale Stelle für die Übermittlung von Informationen zwischen Deutschland und anderen europäischen Mitgliedstaaten im Rahmen des innereuropäischen Transfers von Drittstaatsangehörigen übernimmt. Die Nationale Kontaktstelle wird beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesiedelt, welches bereits jetzt als Nationale Kontaktstelle für den Informationsaustausch mit anderen europäischen Mitgliedstaaten fungiert. (BAMF ggf. noch ergänzen zum konkreten Aufwand)

In Bezug auf die Umsetzung der REST-Richtlinie entfällt Verwaltungsaufwand hinsichtlich der Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Zwecke des Studiums. Bislang war hierfür eine Ermessensprüfung erforderlich; der Gesetzentwurf sieht hingegen bei Erfüllung der Voraussetzung einen Anspruch vor, sodass der Begründungsaufwand geringer wird. Hinsichtlich der Regelungen zu Praktikanten und Teilnehmern am europäischen Freiwilligendienst...

Für die Wirtschaft entsteht folgender Erfüllungsaufwand:

In Bezug auf die Umsetzung der Saisonarbeitnehmerrichtlinie...

In Bezug auf die Umsetzung der ICT-Richtlinie entsteht Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft durch die Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit einem Transfer von Ausländern, die bereits eine ICT Karte eines anderen Mitgliedstaates besitzen, für mehr als 90 Tage in das Bundesgebiet. In diesen Fällen ist die aufnehmende Niederlassung verpflichtet, etwaige Änderungen im Hinblick auf die Erteilungsvoraussetzungen der Mobiler ICT Karte mitzuteilen. Dieser Aufwand wird jedoch dadurch aufgewogen, dass durch die Umsetzung der Richtlinie der Transfer von Drittstaatsangehörigen in das Bundesgebiet und innerhalb der Europäischen Union deutlich vereinfacht wird.

In Bezug auf die Umsetzung der REST-Richtlinie entsteht Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft durch Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit einem Transfer von Ausländern, die bereits einen Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union zum Zweck der Forschung besitzen, für mehr als 180 Tage in das Bundesgebiet. In diesen Fällen ist die aufnehmende Niederlassung verpflichtet, etwaige Änderungen im Hinblick auf die Erteilungsvoraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung im Rahmen der innereuropäischen Mobilität mitzuteilen. Dieser Aufwand wird jedoch dadurch aufgewogen, dass der Transfer von Forschern aus Drittstaaten in das Bundesgebiet und innerhalb der Europäischen Union vereinfacht wird.

5. Weitere Kosten

Keine.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Keine.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung kommt nicht in Betracht, da die Richtlinien eine solche nicht vorsehen. Aufgrund des wenigen Spielraums, den die Richtlinien bei der Umsetzung lassen, ist auch eine Evaluierung nicht angezeigt.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Aufenthaltsgesetzes)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 5.

Zu Buchstabe b

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 6.

Zu Buchstabe c

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 7.](#)

Zu Buchstabe d

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 9.](#)

Zu Buchstabe e

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 10.

Zu Buchstabe f

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 12.

Zu Buchstabe g

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 24.

Zu Buchstabe h

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 25.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

Der Verzicht auf einen Referenzbetrag für Forscher dient der Einheitlichkeit der Prüfung der Lebensunterhaltssicherung. Mangels einer dem BAföG entsprechenden Regelung für Forscher ist die Ermittlung eines Referenzbetrags für Forscher mit praktischen Schwierigkeiten verbunden. Sie ist zudem nicht mehr erforderlich, da die REST-Richtlinie es freistellt, einen Referenzbetrag vorzusehen. Auch in der Sache ist ein Referenzbetrag für Forscher nicht erforderlich, da für sie die allgemeine Erteilungsvoraussetzung der Lebensunterhaltssicherung in § 5 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 2 Absatz 3 AufenthG gilt.

Zu Buchstabe b

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a.](#)

Zu Buchstabe c

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 lit. a, Absatz 5 lit. a, Artikel 13 Absatz 1 sowie Artikel 22 Absatz 4 der ICT-Richtlinie.

Zu Buchstabe b

Dient der Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 lit. a, Absatz 5 lit. a, Artikel 13 Absatz 1 sowie Artikel 22 Absatz 4 der ICT-Richtlinie.

Zu Nummer 4

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 11 Absatz 2 der ICT-Richtlinie. Ein zulässiger Antrag auf einen Aufenthaltstitel zum Zweck des unternehmensinternen Transfers kann nur von einem Drittstaat aus gestellt werden; auch ein Antrag aus einem anderen EU-Mitgliedstaat ist nicht zulässig. Maßgeblich ist, dass der Wohnort bzw. Lebensmittelpunkt sich in dem Drittstaat befindet; eine bloße Anwesenheit im Drittstaat zur Antragstellung reicht nicht aus.

Zu Nummer 5

Die Vorgaben der REST-Richtlinie machen eine Neufassung des § 16 AufenthG erforderlich. Dies dient zum einen der besseren Übersichtlichkeit, indem die Regelungen zu Sprachkursen und Schulbesuch künftig in einer eigenen Vorschrift (§ 16b AufenthG) enthalten sind. Zum anderen greift die Neuregelung die Vorgaben der REST-Richtlinie zu Aufenthaltstiteln zum Zwecke des Studiums auf und dient dabei insbesondere der Umsetzung von Artikel 3 Nummer 3, Artikel 7, Artikel 11 und Artikel 18 Absatz 2 der REST-Richtlinie.

Neu ist insbesondere, dass künftig ein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Zwecke des Studiums besteht.

§ 16 Absatz 2 des Entwurfs wird dem Bedürfnis gerecht, nach Abbruch des Studiums in eine Ausbildung wechseln zu können. Dies war nach der bisherigen Rechtslage trotz erheblichen praktischen Bedarfs nicht möglich.

Auch auf die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitssuche nach erfolgreichem Abschluss des Studiums besteht nunmehr ein Anspruch (vgl. Art. 25 Absatz 1 der REST-Richtlinie).

Die REST-Richtlinie erfasst jedoch nur Vollzeitstudien, sodass - um eine Verschlechterung der Rechtslage zu vermeiden - die Ermessensregelung in Bezug auf Teilzeitstudiengänge sowie Aufenthalte zur Studienbewerbung beibehalten wurde. Ebenso besteht weiterhin die Möglichkeit, mit einer bedingten Zulassung durch die Ausbildungseinrichtung eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

Darüber hinaus werden Regelungen der REST-Richtlinie in Bezug auf den Entzug der Aufenthaltserlaubnis umgesetzt: Artikel 21 Absatz 6 der REST-Richtlinie sieht vor, dem

Ausländer die Möglichkeit zu geben, sich bei einer anderen Ausbildungseinrichtung zu bewerben, wenn ihm der Aufenthaltstitel aus Gründen entzogen werden soll, die nicht seinem Rechtskreis zuzuordnen sind und die er nicht zu vertreten hat. Zu nennen sind hier insbesondere folgende Gründe:

- die Ausbildungseinrichtung kommt ihren Verpflichtungen in Bezug auf Sozialversicherung, Steuern, Arbeitsrecht oder Arbeitsbedingungen nicht nach;
- gegen die Ausbildungseinrichtung wurden Sanktionen wegen nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit oder illegaler Beschäftigung verhängt;
- die Ausbildungseinrichtung wurde zu dem Zweck gegründet oder betrieben, die Einreise von Ausländern zu erleichtern;
- die Ausbildungseinrichtung befindet sich in Abwicklung oder wurde bereits abgewickelt.

Zu Nummer 6

Zu § 16a

Die Neuregelung des § 16a dient der Umsetzung der Vorgaben der REST-Richtlinie in Bezug auf einen Wechsel des Studienorts innerhalb der Europäischen Union. Sofern ein Ausländer bereits einen Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums, der in den Anwendungsbereich der REST-Richtlinie fällt, besitzt, benötigt er für einen Studienaufenthalt im Bundesgebiet, der bis zu 360 Tage dauert, keinen Aufenthaltstitel. Vor diesem Hintergrund bedurfte es einer grundlegenden Neuregelung; für § 16 Absatz 6 AufenthG in der bisher geltenden Fassung ist danach kein Raum mehr.

Die Neuregelung setzt insbesondere die Vorgaben des Artikels 31 der REST-Richtlinie um. Sie nutzt dabei die in der REST-Richtlinie vorgesehene Möglichkeit eines Mitteilungsverfahrens. Auf diesem Weg besteht die Möglichkeit, Einreise und Aufenthalt des Ausländers abzulehnen, wenn bestimmte Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Außerdem ermöglicht nur das Mitteilungsverfahren es, statistische Daten über die Durchführung von Teilen des Studiums mit einem Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaats in Deutschland zu erhalten.

Zu § 16b

Der Entwurf des § 16b übernimmt die bislang in § 16 Absatz 5, 5a und 5b enthaltenen Regelungen.

Zu Nummer 7

[Die Regelung dient der Umsetzung der von Artikel 13 der REST-Richtlinie.](#)

Zu Nummer 8

Zu Buchstabe a

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 5 Absatz 1 lit. e und Artikel 22 Absatz 2 lit. a.iii der ICT-Richtlinie.

Zu Buchstabe b

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 17 Buchstabe b; dient der Umsetzung von Artikel 7 Absatz 3a-c und Artikel 22 Absatz 3 lit. b der ICT-Richtlinie.

Darüber hinaus dient die Regelung der Umsetzung von Artikel 20 Absatz 2 lit. c und Artikel 29 Absatz 3 der REST-Richtlinie.

Zu Nummer 9

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 14 der REST-Richtlinie.

Zu Nummer 10

Zu § 19b

Die Neuregelung schafft die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels an unternehmensintern Transferierte, die sich zu Erwerbszwecken im Bundesgebiet aufhalten möchten.

Einreise und Aufenthalt werden von verschiedenen, von der ICT-Richtlinie vorgegebenen, Voraussetzungen abhängig gemacht. Die Norm greift auch in Fällen, in denen der Ausländer sich im Rahmen des Transfers in mehreren europäischen Mitgliedstaaten aufhalten möchte, immer dann, wenn Deutschland der in der Richtlinie als „erster Mitgliedstaat“ bezeichnete Staat ist, der Ausländer sich also am längsten im Bundesgebiet aufhalten möchte.

Die Regelung dient insbesondere der Umsetzung von Artikel 1 lit. a, Artikel 2 lit. b, Artikel 2 lit. f, Artikel 3 lit. b, Artikel 5 Absatz 1 lit. a-d und wird ergänzt durch eine Neuregelung in der Beschäftigungsverordnung.

Zu § 19c

Die Neuregelung setzt insbesondere Artikel 21 der ICT-Richtlinie um, der die sogenannte „kurzfristige Mobilität“ regelt. Hier ist vorgesehen, dass Drittstaatsangehörige, die bereits von einem europäischen Mitgliedstaat eine ICT Karte bzw. einen der Richtlinie entsprechenden Aufenthaltstitel erhalten haben, sich für bis zu 90 Tage innerhalb von 180 Tagen in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten und dort arbeiten dürfen. Ein Aufenthaltstitel des zweiten Mitgliedstaats ist für diesen Kurzzeit-Aufenthalt nicht erforderlich.

Allerdings lässt die Richtlinie die Möglichkeit, ein sogenanntes Mitteilungsverfahren vorzusehen. Im Rahmen dessen ist es dem zweiten Mitgliedstaat möglich, Einwände gegen den Aufenthalt des Drittstaatsangehörigen zu erheben. Von dieser Möglichkeit wird in dem Gesetzentwurf Gebrauch gemacht. Dies dient zum einen dazu, Kenntnisse darüber zu erhalten, durch wen die Möglichkeit des Kurzzeit-Aufenthalts genutzt wird. Zum anderen wird nur so die Möglichkeit geschaffen, etwaige Ablehnungsgründe zu prüfen und Einwände zu erheben. Dies dient einerseits dem Schutz des Ausländers vor Ausbeutung, etwa im Hinblick auf das ihm gewährte Arbeitsentgelt. Andererseits wird auch die Möglichkeit geschaffen, das Vorliegen der Voraussetzungen zu prüfen und insbesondere bei Sicherheitsbedenken Einwände zu erheben. Denn zwar wurde dem Ausländer bereits in einem anderen europäischen Mitgliedstaat ein Aufenthaltstitel erteilt, allerdings können auf dem vorgesehen Weg auch nachträgliche Veränderungen berücksichtigt werden. Zuständige Behörde für die Entgegennahme der Mitteilung ist die nationale Kontaktstelle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Diese beteiligt die zuständige Ausländerbehörde.

Zu § 19d

Die Neuregelung setzt insbesondere Artikel 22 der ICT-Richtlinie um, welcher die Möglichkeit vorsieht, sich im Rahmen des unternehmensinternen Transfers nicht nur in einem europäischen Mitgliedstaat aufzuhalten, sondern Teile des Transfers auch in einem anderen Mitgliedstaat durchzuführen. Für Aufenthalte von mehr als 90 Tagen lässt die Richtlinie die Möglichkeit, die Erteilung eines Aufenthaltstitels vorzusehen. Dies setzt der Ge-

setzung mit der Regelung zur Erteilung einer „Mobile ICT Karte“ um. Das Verfahren bietet den Vorteil, dass das Vorliegen der Voraussetzungen auch im Bundesgebiet geprüft werden kann. Dies ist angesichts des angestrebten Aufenthalts von mehr als 90 Tagen erforderlich, um eine Einheitlichkeit mit den übrigen im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Regelungen zu Aufenthalts zur Erwerbstätigkeit herzustellen. Es sind verschiedene Versagungsgründe vorgesehen, u.a. wird keine „Mobile ICT Karte“ erteilt, wenn der Ausländer gegen die Regeln für die kurzfristige Mobilität nach § 19c verstoßen hat.

Zu Nummer 11

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 der REST-Richtlinie und nimmt insbesondere den in Artikel 40 Absatz 1 der REST-Richtlinie geforderten Hinweis auf die REST-Richtlinie auf.

Zu Doppelbuchstabe bb

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 der REST-Richtlinie und setzt die dort vorgesehene Option um, Verträge mit der bereits im geltenden Recht enthaltenen Aufnahmevereinbarung gleichzusetzen.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 18 Absatz 1 der REST-Richtlinie, der bei der Teilnahme an einem Unions- oder multilateralen Programm mit Mobilitätsmaßnahmen eine Geltungsdauer des Aufenthaltstitels von mindestens zwei Jahren vorsieht.

Zu Doppelbuchstabe bb

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.](#)

Zu Doppelbuchstabe cc

Zu Dreifachbuchstabe aaa

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.](#)

Zu Dreifachbuchstabe bbb

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.](#)

Zu Buchstabe c

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 12.](#) Mit den Neuregelungen zur innereuropäischen Mobilität bedarf es der Regelung in § 20 Absatz 5 AufenthG nicht mehr.

Zu Buchstabe d

[Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe c.](#)

Zu Buchstabe e

Zu Doppelbuchstabe aa

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe c.

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe c.

Zu Buchstabe f

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Neuregelung dient der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 2 lit. a der REST-Richtlinie.

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe f Doppelbuchstabe dd.

Zu Doppelbuchstabe cc

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe f Doppelbuchstabe dd.

Zu Doppelbuchstabe dd

Die Neuregelung dient der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 2 lit. d, e und g der REST-Richtlinie.

Zu Buchstabe g

Die Neuregelung in § 20 Absatz 7 AufenthG dient der Umsetzung von Artikel 7 Absatz 1 lit. b der REST Richtlinie.

Die Neuregelung in § 20 Absatz 8 AufenthG dient der Umsetzung von Artikel 25 Absatz 1, 3 und 7 der REST-Richtlinie, welche die Möglichkeit eines Aufenthalts zur Arbeitsplatzsuche auch nach Abschluss des Forschungsvorhabens unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht. Der Arbeitsplatz muss der Qualifikation des Forschers bzw. dem Niveau des Forschungsvorhabens, für welches er zugelassen wurde, entsprechen.

Zu Nummer 12

Zu § 20a

§ 20a AufenthG-E dient der Umsetzung der Vorgaben der REST-Richtlinie in Bezug auf die kurzfristige Mobilität von Forschern und setzt damit insbesondere Artikel 28 der REST-Richtlinie um. Ein Forscher benötigt für einen Aufenthalt zum Zwecke der Forschung für eine Dauer von bis zu 180 Tagen innerhalb von 360 Tagen keine Aufenthaltserlaubnis, wenn er bereits über einen Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaats verfügt, der in den Anwendungsbereich der REST-Richtlinie fällt.

Der Entwurf sieht das in der REST-Richtlinie optional vorgesehene Mitteilungsverfahren vor, um auch die weiteren Voraussetzungen des Kurzaufenthalts prüfen zu können und ggf. die Einreise und den Aufenthalt abzulehnen. Eine Ablehnung ist sowohl dann möglich, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, als auch wenn die spezifischen Ablehnungsgründe in § 20a Absatz 3 und § 20c AufenthG-E gegeben sind.

Zu § 20b

§ 20b AufenthG-E dient der Umsetzung der Vorgaben der REST-Richtlinie in Bezug auf die langfristige Mobilität von Forschern (insbesondere Artikel 29 der REST-Richtlinie).

Die Richtlinie überlässt es den Mitgliedstaaten, ein Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels vorzusehen. Von dieser Möglichkeit wird in § 20b AufenthG-E Gebrauch gemacht. Dies dient auch der Einheitlichkeit der Regelungen des AufenthG, da für längerfristige Aufenthalte auch zu anderen Zwecken stets eine Prüfung erforderlich ist.

Zu § 20c

§ 20c AufenthG-E enthält die allgemeinen Ablehnungsgründe für Aufenthalte nach der REST-Richtlinie zum einen in Bezug auf die Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Zwecke der Forschung, des Studiums, des Praktikums und der Teilnahme an einem europäischen Freiwilligendienst und dient damit insbesondere der Umsetzung von Artikel 20 Absatz 2. Zum anderen enthält § 20c AufenthG-E allgemeine Ablehnungsgründe in Bezug auf die kurzfristigen Aufenthalte von Forschern und Studenten im Rahmen der kurzfristigen Mobilität und dient damit der Umsetzung von Artikel 28 Absatz 7 und 8 sowie Artikel 31 Absatz 7 und 8 der REST-Richtlinie.

Zu Nummer 13

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 5 der ICT-Richtlinie. Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltstitel von Familienangehörigen von unternehmensintern Transferierten endet mit dem Ablauf der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitel des unternehmensintern Transferierten.

Zu Nummer 14

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 1 der ICT-Richtlinie, der das Recht auf Familiennachzug für Familienangehörige von unternehmensintern Transferierten vorsieht.

Zu Nummer 15

Zu Buchstabe a

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 2 der ICT-Richtlinie.

Zu Buchstabe b

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 2 der ICT-Richtlinie.

Zu Buchstabe c

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 30 der REST-Richtlinie, der vorsieht, dass auch die Familienangehörigen von Forschern, die sich mit dem Aufenthaltstitel eines anderen europäischen Mitgliedstaats im Bundesgebiet zu Forschungszwecken aufhalten, keines Aufenthaltstitels bedürfen.

Zu Nummer 16

Zu Buchstabe a

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 2 der ICT-Richtlinie.

Zu Buchstabe b

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 3 der ICT-Richtlinie.

Zu Buchstabe c

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 30 der REST-Richtlinie, der vorsieht, dass auch die Familienangehörigen von Forschern, die sich mit dem Aufenthaltstitel eines anderen europäischen Mitgliedstaats im Bundesgebiet zu Forschungszwecken aufhalten, keines Aufenthaltstitels bedürfen.

Zu Nummer 17

Zu Buchstabe a

Dient der Umsetzung von Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 22 Absatz 3b der ICT-Richtlinie. § 40 Absatz 2 Nummer 3 AufenthG erstreckt sich bislang nicht auf die aufnehmende Niederlassung, die Richtlinie sieht jedoch die Möglichkeit der Ablehnung eines Antrags auf einen Aufenthalt zum Zweck des unternehmensinternen Transfers auch dann vor, wenn Sanktionen gegen die aufnehmende Niederlassung verhängt wurden.

Zu Buchstabe b

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 7 Absatz 3a-c der ICT-Richtlinie. Dort ist vorgesehen, dass ein Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Zweck des unternehmensinternen Transfers abgelehnt werden kann, wenn bestimmte Gründe in der Person des Arbeitgebers oder der aufnehmenden Niederlassung gegeben sind, die eine ordnungsgemäße Durchführung des Transfers als zweifelhaft erscheinen lassen.

Zu Nummer 18

Die Regelung stellt sicher, dass der Aufenthaltstitel nicht erlischt, wenn der Ausländer von der Möglichkeit Gebrauch macht, einen Teil des unternehmensinternen Transfers (auch für mehr als 90 Tage) in einem anderen EU-Mitgliedstaat durchzuführen (vgl. Artikel 21 ff. der ICT-Richtlinie), selbst wenn es dabei nicht um einen vorübergehenden Grund im Sinne des § 51 Absatz 1 Nummer 6 handeln sollte.

Zu Nummer 19

Zu Buchstabe a

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 8 Absatz 5 lit. a der ICT-Richtlinie; ein Widerruf der ICT Karte und Mobiler ICT Karte ist dann möglich, wenn die Erteilungsvoraussetzungen nicht mehr vorliegen.

Zu Buchstabe b

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 21 Absatz 3 der REST-Richtlinie, wonach die Behörde bei einer Entziehung des Aufenthaltstitels zum Zwecke des Studiums wegen fehlender Studienfortschritte mit der aufnehmenden Einrichtung Rücksprache halten darf.

Zu Buchstabe c

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 29 Absatz 6 lit. b der REST-Richtlinie.

Zu Doppelbuchstabe bb

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 29 Absatz 6 lit. b der REST-Richtlinie.

Zu Buchstabe d

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 21 Absatz 1 lit. d der REST-Richtlinie.

Zu Nummer 20

Zu Buchstabe a

Die ICT-Richtlinie sieht in ihrem Artikel 16 die Erhebung von Gebühren lediglich bei der Bearbeitung von Anträgen vor. Da im Rahmen der kurzfristigen Mobilität nach § 19c AufenthG jedoch kein Antrag erforderlich ist, ist das dort geregelte Mitteilungsverfahren von der Gebührenerhebung nach § 69 AufenthG auszunehmen.

Zu Buchstabe b

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 16 und Artikel 22 Absatz 7 der ICT-Richtlinie. Dort ist die Möglichkeit der Gebührenerhebung für die Antragsbearbeitung vorgesehen. Die Gebühr für die Erteilung der ICT Karte entspricht der bereits geregelten Gebühr für die Erteilung einer Blauen Karte EU (§ 69 Absatz 3 Nummer 1a. AufenthG). Die Gebühr für die Erteilung einer Mobiler ICT Karte entspricht der Gebühr, die für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis und einer Blauen Karte EU anfällt (§ 69 Absatz 3 Nummer 3 AufenthG). Die Sachverhalte sind vergleichbar, da auch beim Verfahren zur Erteilung einer Mobiler ICT Karte bereits ein Aufenthaltstitel (wenn auch von einem anderen EU Mitgliedstaat) erteilt wurde und damit eine grundsätzliche Prüfung der Voraussetzungen bereits erfolgt ist.

Zu Buchstabe c

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 20 Buchstabe b.

Zu Nummer 21

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 15 Absatz 3, Artikel 19 Absatz 4 und Artikel 22 Absatz 7 der ICT-Richtlinie. Die Richtlinie sieht vor, dass auch der aufnehmenden Niederlassung bzw. dem aufnehmenden Unternehmen die Gründe für den Entzug eines in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallenden Aufenthaltstitels mitzuteilen sind.

Zu Nummer 22

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 4 der ICT-Richtlinie.

Zu Nummer 23

Zu Buchstabe a

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 5 Absatz 7 der ICT-Richtlinie. Die hier benannten Änderungen (auch zu Ungunsten des Antragstellers) während des Antragsverfahrens sind bislang nicht von dem Begriff „Belange“ in § 82 Absatz 1 Satz 1 AufenthG erfasst.

Zu Buchstabe b

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 14 Absatz 1 der ICT-Richtlinie.

Zu Nummer 24

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 29 Absatz 5 und Artikel 32 Absatz 2 der REST-Richtlinie. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Nationale Kontaktstelle

nimmt die Anträge und Mitteilungen für den Wechsel von Forschern und Studenten zwischen verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten entgegen und sorgt für den Informationsaustausch zwischen den im Bundesgebiet zuständigen Behörden und den Behörden in anderen Mitgliedstaaten sowie den zuständigen Organen der Europäischen Union. Beim Informationsaustausch mit den Behörden anderer Mitgliedstaaten geht es vor allem um den Austausch der Informationen, die für die Durchführung der Wechsel zwischen mehreren EU-Mitgliedstaaten erforderlich sind.

Zu Nummer 25

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 22 Absatz 6, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 24 Absatz 1 und Artikel 26 Absatz 1 der ICT-Richtlinie. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Nationale Kontaktstelle nimmt die Anträge und Mitteilungen für den Wechsel von unternehmensintern Transferierten zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten entgegen und sorgt für den Informationsaustausch zwischen den im Bundesgebiet zuständigen Behörden und den Behörden in anderen Mitgliedstaaten sowie den zuständigen Organen der Europäischen Union. Beim Informationsaustausch mit den Behörden anderer Mitgliedstaaten geht es vor allem um den Austausch der Informationen, die für die Durchführung der unternehmensinternen Transfers in mehreren EU-Mitgliedstaaten erforderlich sind. Den Organen der Europäischen Union werden statistische Daten übermittelt.

Zu Nummer 26

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 9 sowie Artikel 23 Absatz 7 der ICT-Richtlinie. Wirksame Sanktionen sind erforderlich, um die Einhaltung der notwendigen Verfahrensvoraussetzungen sicherzustellen und Missbrauch zu verhindern.

Zu Artikel 2 (Änderung des Sozialgesetzbuches III)

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 7 der Saisonarbeitnehmer-Richtlinie. Dieser räumt den Mitgliedstaaten die Option ein, eine Quote für die Zahl der saisonbeschäftigten festzulegen. Die Bundesagentur für Arbeit wird ermächtigt, diese Zahl zu bestimmen

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.